



Hochschule für den  
öffentlichen Dienst  
in Bayern

**Zentralverwaltung**

## **Anforderungsprofil für Studierende**

### **der Hochschule für den öffentlichen Dienst in Bayern**

#### **A. Ressortübergreifend**

##### **1. Bedeutung des Anforderungsprofils**

Die Studierenden der Hochschule für den öffentlichen Dienst (HföD) sollen sich durch Studium und Prüfung für ihre spätere berufliche Praxis als Beamtinnen und Beamte der dritten Qualifikationsebene im öffentlichen Dienst in Bayern qualifizieren. Die berufliche Praxis wird durch die Erfüllung öffentlicher Aufgaben bestimmt. Knappe personelle und finanzielle Mittel sowie die Anwendung schwieriger, oft sich ändernder Vorschriften führen zu verschärften Anforderungen. Die zur effektiven Aufgabenerfüllung unabdingbare Nutzung modernster Informations- und Kommunikationstechnologien unterliegt ebenfalls einem stetigen und immer rascheren Wandel. Zu den Kernaufgaben der Verwaltung gehört die Arbeit für die Solidargemeinschaft aller Bürgerinnen und Bürger. Dazu müssen Entscheidungen in Zusammenarbeit mit den Bürgerinnen und Bürgern getroffen und ihnen transparent gemacht sowie auftretende Konflikte gelöst werden.

Das Anforderungsprofil für die Absolventinnen und Absolventen der Hochschule für den öffentlichen Dienst ist bei der Gewinnung des Beamtennachwuchses durch Auswahl- und Laufbahnprüfung, bei der Abfolge und den Inhalten des Studiums (Studienzyklen, Studien- und Stoffgliederungspläne etc.) sowie bei der Qualifikation des Lehrkörpers zu berücksichtigen.

##### **2. Allgemeine Zielsetzung**

Nach dem Gesetz über die Hochschule für den öffentlichen Dienst in Bayern (HföDG) soll die HföD die Studierenden auf der Grundlage wissenschaftlicher Erkenntnisse zur Bewältigung der später auf



Hochschule für den  
öffentlichen Dienst  
in Bayern

**Zentralverwaltung**

sie zukommenden Aufgaben im öffentlichen Dienst befähigen. Maßgeblicher Orientierungsrahmen hierzu ist das Berufsbild der Beamtinnen und Beamten mit dem Einstieg in der dritten Qualifikationsebene. Die Arbeitsinhalte der Beamtinnen und Beamten mit dem Einstieg in der dritten Qualifikationsebene umfassen eine breite Palette von hochqualifizierter Sachbearbeitertätigkeit bis zu Führungsaufgaben bei kleineren oder mittleren Organisationseinheiten (Sachgebiete, Referate, seltener Abteilungen und Dienststellen). Daneben ist das Berufsbild dieser Beamtinnen und Beamten durch häufigen Kontakt mit Bürger und Öffentlichkeit gekennzeichnet. Das HföDG gibt als Ziel der Ausbildung die Berufsfähigkeit der Absolventinnen und Absolventen und noch nicht ihre Berufsfertigkeit vor. Die Beamtinnen und Beamten sollen in der Lage sein, nach Studium und Prüfung unter Berücksichtigung einer angemessener Einarbeitungszeit und gezielten Fortbildung sich wandelnde Dienstaufgaben zu bewältigen. Hierzu gehört auch die Einarbeitung in individuell völlig neue Tätigkeitsbereiche.

Die allgemeine Zielsetzung des HföDG verlangt zur Verwirklichung dieser Ziele zwingend ein duales, von Hochschule und beruflicher Praxis getragenes System, das sich in einem Wechsel von theoretischen und fachpraktischen Studienabschnitten widerspiegelt.

### **3. Spezielle Zielsetzung**

#### **3.1 Generalist**

Die Absolventinnen und Absolventen der Hochschule für den öffentlichen Dienst sollen befähigt werden, auf allen Feldern des öffentlichen Dienstes, unter Berücksichtigung ihrer Fachrichtungen, eingesetzt zu werden. Studium und Prüfung sind so angelegt, dass eine Spezialisierung auf bestimmte Einsatzbereiche vermieden wird. Die Generalistenausbildung trägt auch dem Umstand Rechnung, dass die spätere berufliche Wirklichkeit einem ständigen und immer schnelleren Wandel unterworfen ist und das vermittelte Wissen in vielen Bereichen bald wieder veraltet ist (Halbwertszeit des Wissens).

#### **3.2 Wissenschaftlichkeit**

Studium und Prüfung an der Hochschule für den öffentlichen Dienst verlangen gemäß den gesetzlichen Vorgaben die Fähigkeit zur -anwendungsbezogenen- wissenschaftlichen Arbeit; dies entspricht auch dem Selbstverständnis Hochschule. Die Wissenschaftlichkeit kann sich hierbei



Hochschule für den  
öffentlichen Dienst  
in Bayern

**Zentralverwaltung**

sowohl auf die Lösung von in der Praxis auftretenden schwierigen Rechtsfragen als auch auf die unter Berücksichtigung sozialwissenschaftlicher Erkenntnisse geforderte angemessene Behandlung der Bürgerinnen und Bürger beziehen. Kennzeichen der wissenschaftlichen Arbeit sind u. a. die vorurteilsfreie, ergebnisoffene Problemlösung, die Heranziehung wissenschaftlicher Methoden sowie die Auseinandersetzung mit in Literatur und Rechtssprechung vertretenen Meinungen.

Der Schwerpunkt der wissenschaftlichen Ausbildung liegt im Fachstudium. Die Fähigkeit zu wissenschaftlichen Arbeiten müssen die Studierenden in der Abschlussprüfung, aber auch in schriftlichen Arbeiten wie Seminararbeit, Studienarbeit, Team- und Projektarbeit oder Diplomarbeit/Bachelorarbeit nachweisen.

### **3.3 Praxisbezug**

Die Studierenden sollen befähigt werden, die in der Praxis anfallenden Aufgaben und Probleme -unter Berücksichtigung einer angemessenen Einarbeitungszeit und der erforderlichen Fortbildung- zu bewältigen. Die berufliche Praxis ist von dem Erfordernis einer rechtsstaatlichen und kostenbewussten Erfüllung öffentlicher Aufgaben, aber auch von dem Gedanken der Dienstleistung gegenüber dem Bürgerinnen und Bürgern geprägt. Alltagstypisch ist auch die Bewältigung von Konflikten insbesondere mit den Bürgerinnen und Bürgern. Angesichts der komplexen Aufgabenstellung verlangt der Praxisbezug die Fähigkeit zu fächerübergreifendem vernetztem Denken, die Handlungsorientiertheit und soziale Sensibilisierung. Zur Förderung des vernetzten Denkens sind die Lehrinhalte entsprechend auszurichten.

Der Schwerpunkt bei der Vermittlung des Praxisbezugs ist im Fachpraktikum anzusiedeln, jedoch strahlt der Praxisbezug auch auf die Vermittlung der Lehrinhalte in den theoretischen Studienabschnitten aus. Unerlässlich ist insbesondere ein ständiger, enger Kontakt und Austausch zwischen Hochschule und den Ausbildungsbehörden.

Für die Personalstruktur ergibt sich aus dem Praxisbezug die zwingende Konsequenz, neben den regelmäßig aus der Stammverwaltung rekrutierten hauptamtlichen Lehrpersonen auch Lehrbeauftragte aus diesem Bereich in der Lehre einzusetzen.



Hochschule für den  
öffentlichen Dienst  
in Bayern

**Zentralverwaltung**

#### **4. Schlüsselqualifikationen**

Die erforderlichen Schlüsselqualifikationen ergeben sich aus der erwähnten Komplexität der Aufgabenbewältigung im öffentlichen Dienst.

Die Schlüsselqualifikationen verlangen eine umfassende *Handlungskompetenz* der Absolventinnen und Absolventen der Hochschule für den öffentlichen Dienst.

Die *Handlungskompetenz* enthält mehrere Facetten:

Sie verlangt vor allem die *Fachkompetenz in Rechtsfächern*. Fachbereichsübergreifend, im Einzelfall mit unterschiedlicher Gewichtung wären das Verfassungsrecht, das Europarecht, das allgemeine Verwaltungsrecht, das Dienst- und Haushaltsrecht zu nennen. Umfangreiches und vertieftes Spezialwissen muss für die fachbereichsspezifischen Fächer (z.B. Sicherheitsrecht, Steuerrecht, Bibliothekswissenschaften oder Sozialrecht) gefordert werden. Neben diesem Spezialwissen muss Grundlagenwissen in Wirtschaftswissenschaften vorhanden sein. Die genannten Fähigkeiten bauen auf einem bereits bei Studienbeginn geforderten Standard an Allgemeinwissen und politischer Bildung auf.

Neben der Fachkompetenz gewinnt zunehmend die *Methodenkompetenz* an Bedeutung. Sie beinhaltet die Fähigkeit sowohl der effektiven Aneignung des Lehrstoffes als auch zur methodisch richtigen Lösung der auftretenden Fragen. Die vermittelten methodischen Fähigkeiten ermöglichen dem Studierenden, Grundlagenwissen auf neue Sachverhalte oder Fragestellungen anzuwenden (Fähigkeit, Probleme zu lösen) und sich neue Rechtsgebiete und Aufgabenstellungen selbstständig zu erarbeiten.

Eine weitere Komponente im Rahmen umfassender Handlungskompetenz ist die *Soziale Kompetenz*. Sie beinhaltet die Führungs- und Teamfähigkeit, die Fähigkeit zu berufsethisch motivierendem, verantwortungsvollem und selbstwirksamen Handeln, Dienstleistungsbereitschaft und die angemessene soziale Interaktion mit den Adressaten der Dienstleistung (Bürgerinnen und Bürger,



Hochschule für den  
öffentlichen Dienst  
in Bayern

**Zentralverwaltung**

Vorgesetzte, Mitarbeitende, Kolleginnen und Kollegen sowie andere öffentliche oder private Institutionen).

Ohne gründliche Kenntnisse und praktische Erfahrungen im Umgang mit Informations- und Kommunikationstechnologien kann kein in der heutigen Verwaltung tätiger Bediensteter mehr auskommen.

Schließlich ist auch die Kenntnis mindestens einer Fremdsprache im Hinblick auf die wachsende Internationalisierung nahezu aller Lebensbereiche –mit fachbereichsspezifischen Differenzierungen- zu fordern.

## **5. Persönlichkeitsmerkmale**

Für die Ausübung des Berufs eines gehobenen Verwaltungsbeamten sind naturgemäß weitere besondere Persönlichkeitsmerkmale erforderlich, deren Ausformung häufig allerdings nur begrenzt vermittelbar ist. Einen besonderen Stellenwert nehmen hierbei überlegtes Handeln, Kreativität, emotionale Stabilität, Frustrationstoleranz und das Sprachgefühl ein.